

**VERHANDLUNGSVERFAHREN MIT
TEILNAHMEWETTBEWERB**

kubus IT

**- Arbeitsgemeinschaft von Körperschaften
des öffentlichen Rechts eGbR**

Ausschreibung

**Rahmenvertrag Secrets und Privileged
Access Management System**

Vergabenummer 36/2026-IT

Bewerbungsbedingungen

Inhaltsverzeichnis

I.	Gegenstand des Vergabeverfahrens	4
1.	Überblick	4
2.	Bezeichnungen	4
II.	Rahmenbedingungen der Ausschreibung.....	5
1.	Auftraggeberin	5
2.	Ansprechpartner.....	5
3.	Rechtlicher Rahmen	6
4.	Vertraulichkeit und Datenschutz	7
III.	Verfahren.....	7
1.	Verfahrensart.....	7
2.	Unklarheiten in den Vergabeunterlagen, Anfragen.....	8
3.	Bereitstellung Unterlagen	9
4.	Aufwandsentschädigung im Vergabeverfahren.....	11
IV.	Teilnahmewettbewerb	11
1.	Eignungsnachweise.....	11
2.	Anforderung eines Wettbewerbsregisterauszuges	16
3.	Eignungsleihe.....	16
4.	Bewerber-/Bietergemeinschaften	18
5.	Unterauftragnehmer	19
6.	Abgabe der Teilnahmeanträge	20
7.	Rücknahme des Teilnahmeantrages.....	22
8.	Kommunikation nach Abgabe des Teilnahmeantrags	23
V.	Angebotsphase	24
1.	Aufforderung zur Angebotsabgabe.....	24
2.	Einreichung der Angebote.....	24
3.	Weitere Hinweise zur Erstellung der Angebote.....	26
4.	Inhalt des Angebotes	26
5.	Verhandlung	28
6.	Auswertung der Angebote.....	29
7.	Zuschlagskriterien.....	29
8.	Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebotes	30
9.	Mitteilung über nicht berücksichtigte Angebote.....	31
10.	Zuschlagserteilung	31

VI.	Nachprüfungsverfahren	31
1.	Vergabekammer gemäß § 156 GWB.....	31
2.	Hinweis zur Akteneinsicht im Nachprüfungsverfahren.....	32
VII.	Mitteilung über vergebene Aufträge	32
VIII.	Anlagenverzeichnis	33

I. Gegenstand des Vergabeverfahrens

1. Überblick

Gegenstand des vorliegenden Vergabeverfahrens ist ein Rahmenvertrag für ein Secrets und Privileged Access Management System, aus dem Softwarekomponenten einer Gesamtlösung in Höhe von insgesamt bis zu 2,1 Mio. € (netto) innerhalb der Vertragslaufzeit beauftragt werden können. Der Auftragnehmer hat zudem optional und auf Abruf Consulting- oder Supportleistungen zu erbringen.

Unter einem Secrets- und Privileged Access Management-System versteht die Auftraggeberin ein System zur Verwaltung und Sicherung privilegierter Zugriffe und zum automatischen Passwortwechsel (Privileged Access Management System (PAM) bzw. Secrets und Access Management System (SAM)).

Ein Anspruch auf Ausschöpfung bzw. eine Abrufverpflichtung besteht nicht. Die Höhe der Beauftragung bestimmt sich durch die Einzelbestellungen aus dieser Rahmenvereinbarung.

Die Ausschreibung beinhaltet eine produktspezifische Beschaffung. Das Produkt wird als sicherheitsrelevant für den IT-Betrieb der Auftraggeberin betrachtet. Aus Gründen des Schutzes der Vertraulichkeit wird der Name des Produktes erst mit Abgabe einer Vertraulichkeitserklärung mit Einladung zur Angebotsphase (2. Stufe des Verfahrens) mitgeteilt.

Die Rahmenvereinbarung wird mit einer Firma für 4 Jahre geschlossen.

2. Bezeichnungen

Soweit im Rahmen der Unterlagen des Teilnahmewettbewerbs nebst Anlagen personenbezogene Bezeichnungen im Maskulinum erfolgen, wird diese Form aus Gründen der Vereinfachung und der besseren Lesbarkeit halber verallgemeinernd und wertungsfrei verwendet und bezieht sich gleichzeitig auch auf andere Formen im Sinne der üblichen Formulierung m/w/d oder entsprechender

Formulierungen. Darüber hinaus wird der vereinfachten Lesbarkeit halber bei Erklärungen des Bewerbers/Bieters davon ausgegangen, dass in der Form der Personenmehrheit („Wir bieten...“) auch Einzelunternehmer erfasst werden. Wenn im Folgenden von Bewerbern bzw. Bietern die Rede ist, sind Bewerber- bzw. Bietergemeinschaften ebenfalls gemeint, es sei denn, Unterschiede zwischen Bewerbern/Bietern und Bewerber-/Bietergemeinschaften werden ausdrücklich angesprochen.

II. Rahmenbedingungen der Ausschreibung

1. Auftraggeberin

Auftraggeberin ist die

kubus IT - Arbeitsgemeinschaft von Körperschaften des öffentlichen Rechts eGbR

c/o AOK Bayern – Die Gesundheitskasse
Friedrich-Puchta-Straße 27
95444 Bayreuth

Die kubus IT eGbR ist IT-Dienstleister der AOK PLUS – Die Gesundheitskasse für Sachsen und Thüringen sowie der AOK Bayern – Die Gesundheitskasse und erbringt alle IT-Dienstleistungen im Rahmen des Gesellschaftervertrages.

Die AOK PLUS – Die Gesundheitskasse für Sachsen und Thüringen führt für die kubus IT eGbR das Vergabeverfahren durch.

2. Ansprechpartner

Ansprechpartner im Vergabeverfahren ist:

AOK PLUS – Die Gesundheitskasse für Sachsen und Thüringen
Geschäftsbereich Unternehmenssicherheit
Vergabestelle
Frau Justitiarin Antje Manzke

Augustinerstraße 38
99084 Erfurt

Die Kommunikation zwischen der Auftraggeberin und den Bewerbern/Bietern ist ausschließlich über den Projektraum des Vergabeverfahrens auf der Vergabeplattform des Deutschen Vergabeportals (<http://www.dtv.de>) möglich.

Jeder Bewerber/Bieter ist verpflichtet, sich regelmäßig Auskünfte/Fragen und Neuerungen bzw. Ergänzungen zum Inhalt der Bekanntmachung dieser Ausschreibung sowie den Unterlagen des Teilnahmewettbewerbs bzw. während der Angebotsphase selbst einzuholen.

Auskünfte und Antworten anderer Stellen und solche, die außerhalb des vorgesehenen Verfahrens gegeben werden, sind nicht verbindlich.

3. Rechtlicher Rahmen

Die Auftraggeberin ist öffentliche Auftraggeberin im Sinne des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB).

Der Auftrag wird nach den Vorschriften des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) und der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV) nach §§ 119 Abs. 1, 5 GWB; 14 Abs. 3 Nr. 3; 17 Abs. 1; 21 VgV im Wege des Verhandlungsverfahrens mit Teilnahmewettbewerb vergeben.

Es sind die derzeit geltenden Bestimmungen maßgeblich, auch wenn sich diese während des Verfahrens ändern sollten (§ 186 Abs. 2 GWB).

Unternehmen aus Staaten außerhalb der EU-Mitgliedsstaaten, welche das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen (Government Procurement Agreement, kurz: GPA) mit der Europäischen Union nicht geschlossen haben, sind zu diesem Vergabeverfahren nicht zugelassen.

Die Auftraggeberin behält sich das Recht vor, die Ausschreibung aufzuheben; sie unterliegt keinem Kontrahierungszwang. Auf § 63 VgV wird hingewiesen.

4. Vertraulichkeit und Datenschutz

Die Unterlagen dürfen nur zur Erstellung eines Teilnahmeantrags/Angebotes verwendet werden. Jede Nutzung für andere Zwecke ist untersagt. Jede Veröffentlichung (auch auszugsweise) ist nicht zulässig. Wird kein Teilnahmeantrag bzw. kein Angebot abgegeben, so sind die Unterlagen in eigener Zuständigkeit zu vernichten.

Der Bewerber/der Bieter ist verpflichtet, die vertraulichen Bestandteile des Teilnahmeantrages und die des Angebotes als solche zu kennzeichnen. Darüber hinaus gilt mit Abgabe des Teilnahmeantrages bzw. des Angebotes, dass der Bewerber/Bieter die freiwillig abgegebene, jederzeit widerrufbare Einwilligung der Personen besitzt, deren personenbezogene Daten im Rahmen dieser Ausschreibung genannt und zur Durchführung des Vergabeverfahrens durch die Auftraggeberin bzw. die verfahrensführende Gesellschafterin verarbeitet bzw. an auf den Datenschutz verpflichtete externe Dritte zum Zwecke der Prüfung und Auswertung weitergegeben werden dürfen.

Auch nach Beendigung der Vergabeverfahrens haben alle Empfänger der Unterlagen über die bekannt gewordenen projektbezogenen Informationen Verschwiegenheit zu bewahren. Sie haben hierzu auch die bei der Erstellung des Teilnahmeantrages bzw. des Angebotes beschäftigten Mitarbeiter zu verpflichten.

Im Falle der Beteiligung von Unterauftragnehmern gelten diese Bestimmungen entsprechend.

III. Verfahren

1. Verfahrensart

Der Auftrag wird gemäß §§ 119 Abs. 1, 5 GWB; 14 Abs. 3 Nr. 3; 17 Abs. 1; 21 VgV im Wege des Verhandlungsverfahrens mit Teilnahmewettbewerb vergeben.

Das Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb besteht aus zwei aufeinander folgenden Phasen und gliedert sich in den sog. Teilnahmewettbewerb und die sich anschließende sog. Angebotsphase. Im Teilnahmewettbewerb erfolgt zunächst die Eignungsprüfung der Bewerber anhand der in der EU-Bekanntmachung festgelegten Eignungskriterien. In der Angebotsphase werden sodann alle geeigneten Bewerbern zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert. Eine Beschränkung des Bewerberfeldes unter den geeigneten Bewerbern erfolgt nicht.

2. Unklarheiten in den Vergabeunterlagen, Anfragen

Die interessierten Unternehmen haben sich nach Erhalt der Unterlagen unverzüglich (innerhalb von 14 Tagen nach Kenntnis) über deren Vollständigkeit zu vergewissern. Die im Projektraum der Vergabeplattform vorgegebene Gliederung der Unterlagen ist nicht maßgebend. Vielmehr sind die Unterlagen für die Erstellung des Teilhmantrages in der Kategorie „Leistungsbeschreibung“ zu finden. Die Auftraggeberin stellt des Weiteren im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs die für die zweite Stufe des Verfahrens (sog. Angebotsphase) vorgesehenen Vergabeunterlagen im Entwurfsstand in der Kategorie „Sonstiges“ rein informativ zur Verfügung, welche durch die Auftraggeberin noch angepasst werden können und ergänzt werden. Für die Angebotserstellung befinden sich die Unterlagen in der Kategorie „Leistungsbeschreibung“. Die Vergabeunterlagen werden durch die Auftraggeberin noch um Unterlagen ergänzt, die der Spezifizierung der ausgeschriebenen Leistung dienen. Diese Unterlagen werden während der Angebotsphase nur den Bewerbern zur Verfügung gestellt, welche zur Einreichung eines Angebotes aufgefordert werden. Dabei handelt es sich um die produktspezifische Leistungsbeschreibung, das Preisblatt sowie den Organisationssicherheitsrichtlinien. Näheres unter III.3.

Die Auftraggeberin hat die Unterlagen sorgfältig und nach bestem Wissen erstellt. Sollten dennoch nach Auffassung eines interessierten Unternehmens Widersprüche oder Unklarheiten in den Unterlagen bestehen, sind diese der Auftraggeberin unverzüglich mitzuteilen.

Derartige Hinweise und alle sonstigen Fragen, die mit dem Vergabeverfahren im Zusammenhang stehen, sind ausschließlich über den Projektraum des Vergabeverfahrens auf der Vergabepattform des DTVP an die Vergabestelle zu richten. Hierzu ist die kostenlose Registrierung des Unternehmens sowie die Bestätigung der Teilnahme an dem Verfahren auf DTVP erforderlich.

Auf die gesetzliche Rügeobliegenheit des § 160 Abs. 3 GWB wird ausdrücklich hingewiesen.

Fragen und Hinweise zu den Unterlagen und zum Gegenstand des Auftrags sind von Rügen deutlich zu trennen. Fragen bzw. Auskunftersuchen sind rechtzeitig an die Vergabestelle zu richten.

Antworten werden allen Unternehmen zeitgleich in anonymisierter Form zugänglich gemacht. Die Auftraggeberin behält sich vor, Fragen so umzuformulieren, dass die Identität des Fragestellers nicht erkennbar wird. Es wird jedoch darum gebeten, bei der Formulierung von Fragen von vornherein zu berücksichtigen, dass diese zusammen mit den Antworten allen vorgenannten Unternehmen zur Verfügung gestellt werden. Telefonische Auskünfte werden nicht erteilt, sie wären – falls sie doch erteilt würden – nicht verbindlich.

Die Antworten werden ausschließlich und einheitlich auf der Vergabepattform des DTVP für alle Bewerber/Bieter auch ohne Registrierung sichtbar eingestellt und sind regelmäßig einzuholen (vgl. Punkt II.2.).

3. Bereitstellung Unterlagen

Im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs werden den interessierten Unternehmen neben den Bewerbungsbedingungen für den Teilnahmewettbewerb die Anlagen 1 – 7 der Bewerbungsbedingungen sowie die Vertraulichkeitsvereinbarung als Anlage 8-1 der Bewerbungsbedingungen zur Verfügung gestellt. Dies sind die Unterlagen, die für die Erstellung des Teilhmantrages auszufüllen sind. Darüber hinaus werden bereits die Bewerbungsbedingungen für den Ablauf der 2. Stufe des Vergabeverfahrens nebst Anlagen (Anlagen 9-1,

10 bis 13 der Bewerbungsbedingungen mit Ausnahme der Anlagen 9-2, 14 und 15-2 der Bewerbungsbedingungen¹) im Entwurfsstand rein informativ zur Verfügung gestellt. Zum Preisblatt finden sich Informationen im weiteren Verlauf dieses Dokumentes unter V.7 und V.8. Dies ermöglicht es, sich über die zu vergebenen Leistungen einen Überblick zu verschaffen. Gleichwohl wird darauf hingewiesen, dass die Unterlagen von der Auftraggeberin angepasst werden können und um weitere Informationen, insbesondere hinsichtlich der zu beschaffenden Produktspezifika sowie den Organisationssicherheitsrichtlinien ergänzt werden. Diese Informationen und Dokumente erhalten nur die Bewerber, die zur Einreichung eines Angebotes aufgefordert werden. Dabei handelt es sich um die Bewerber, die geeignet sind und die die Vertraulichkeitsvereinbarung (Anlage 8 der Bewerbungsbedingungen) unterzeichnet miteingereicht haben.

Es ist daher erforderlich, dass der Bewerber mit dem Teilnahmeantrag die als Anlage 8-1 beigefügte Vertraulichkeitsvereinbarung mit einreicht. Mit Abgabe der Anlage 8-1 gilt die Vertraulichkeitsvereinbarung als rechtsverbindlich vereinbart. Sofern vom Bewerber nur eine zweiseitige Vereinbarung akzeptiert wird, ist die Auftraggeberin bereit, diese zur Verfügung zu stellen. In diesem Fall ist die zweiseitige Vertraulichkeitsvereinbarung bei der Auftraggeberin mit einer Kommunikationsnachricht über DTVP vor Ablauf der Teilnahmefrist anzufordern. Die Vertraulichkeitsvereinbarung ist im Rubrum vom Bewerber auszufüllen.

Hinweis: Für den Fall, dass die Vertraulichkeitsvereinbarung nicht abgegeben wird, erfolgt keine Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes. Der Bewerber wird vom weiteren Verfahren ausgeschlossen.

Die Auftraggeberin hat sich zu den oben dargelegten Maßnahmen zum Schutz der sicherheitsrelevanten Informationen und damit zur Sicherstellung der Vertraulichkeit entschieden. Diese Entscheidung wurde auf Grundlage einer fundierten Abwägung getroffen und dies auch entsprechend dokumentiert.

¹ Vgl. Anlagenaufstellung am Ende des Dokumentes

4. Aufwandsentschädigung im Vergabeverfahren

Im Rahmen dieses Vergabeverfahrens wird keine Vergütung und keine Kosten-
erstattung gewährt.

IV. Teilnahmewettbewerb

1. Eignungsnachweise

Zum Nachweis der Eignung und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen hat sich die Auftraggeberin bewusst dafür entschieden, den Aufwand für die interessierten Firmen gering zu halten. Der Bewerber muss die in der Bekanntmachung geforderten Erklärungen, Angaben oder sonstigen Nachweise mit dem Teilnahmeantrag erbringen. Hierfür sollen die von der Auftraggeberin für die Erstellung des Teilnahmeantrages zur Verfügung gestellten Formblätter/Dateien (Anlagen 1 bis 7 der Bewerbungsbedingungen) verwendet werden. Darüber hinaus ist ein Nachweis für das Vorliegen der Zertifizierung nach ISO/IEC 27001 oder vergleichbar (im Falle der Vergleichbarkeit nebst Anwendbarkeitserklärung) beizubringen.

Folgende Erklärungen, Angaben bzw. sonstigen Nachweise sind mit dem Teilnahmeantrag einzureichen:

Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung

- Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB (**Anlage 3**)
- Eigenerklärung zu den Russlandsanktionen (**Anlage 6**)

Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

- Eigenerklärung zum Gesamtumsatz der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre, für die Jahresabschlüsse vorliegen, aufgesplittet nach Geschäftsjahr, in Summe 2,1 Mio. € netto (**Anlage 5**)

Die Auftraggeberin betrachtet für die Durchführung des Auftrages lediglich solche Bewerber als geeignet, welche in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren einen spezifischen Jahresumsatz im Bereich Überlassung von Subscription für ein Secrets und Privileged Access Management System von in Summe mindestens 2.100.000 EUR netto in Summe nachweisen können. Im Falle einer Bewerbergemeinschaft wird der addierte Umsatz zugrunde gelegt.

- Eigenerklärung zur Betriebshaftpflicht- und Vermögensschadenversicherung (**Anlage 7**)

Die Auftraggeberin betrachtet für die Durchführung des Auftrages lediglich solche Bewerber als geeignet, welche bereits gegenwärtig über eine angemessene Betriebshaftpflicht- und Vermögensschadenhaftpflichtversicherung mit einer Mindestdeckung je Versicherungsfall von

- 3 Mio. EUR für Personen- und Sachschäden
- 500.000 EUR für Vermögensschäden einschließlich
- einer Versicherung gegen die Folgen eines Datenschutzverstoßes in Höhe von 500.000 EUR

verfügen oder sich verpflichten, im Falle der Zuschlagserteilung eine entsprechende Versicherung abzuschließen, und diese jeweils im Falle der Zuschlagserteilung während des gesamten Vertragsverhältnisses ununterbrochen aufrecht zu erhalten.

Technische und berufliche Leistungsfähigkeit:

- Darstellung von Referenzprojekten innerhalb der letzten drei Jahre (seit 01.05.2023), die nach Art und Schwierigkeitsgrad mit dem vorliegenden Auftrag vergleichbar sind:
 - Die Auftraggeberin betrachtet lediglich solche Bewerber als geeignet, welche durch drei Referenzen Erfahrungen in der Überlassung von Subscription für ein Secrets- und Privileged Access Management-System für mindestens in Summe

- 500 privilegierter Nutzer,
- 3 Cloudumgebungen (nicht zwingend verschiedene) und
- 60.000 technische Accounts

unter Angabe

- des Namens der Lösung und des Herstellers,
- der Anzahl der verwalteten privilegierten Nutzer
- der Anzahl der verwalteten Cloudumgebungen
- der Anzahl der verwalteten technischen Accounts und
- des Datums des Vertragsschlusses bzw. der Vertragslaufzeit

nachweisen können.

- Die Auftraggeberin betrachtet lediglich solche Bewerber als geeignet, welche durch drei Referenzen Erfahrungen in der Implementierung von Systemen zur Verwaltung und Sicherung privilegierter Zugriffe und zum automatischen Passwortwechsel für mindestens in Summe

- 500 privilegierter Nutzer,
- 3 Cloudumgebungen (nicht zwingend verschiedene) und
- 60.000 technische Accounts

unter Angabe

- des Namens der Lösung und des Herstellers,
- der Anzahl der verwalteten privilegierten Nutzer
- der Anzahl der verwalteten Cloudumgebungen
- der Anzahl der verwalteten technischen Accounts und
- des Datums des Vertragsschlusses bzw. der Vertragslaufzeit

nachweisen können.

- Die Auftraggeberin betrachtet darüber hinaus lediglich solche Bewerber als geeignet, welche durch eine Referenz Erfahrungen in der Überlassung von Lizenzen für Subscription für ein System zur Verwaltung und Sicherung privilegierter Zugriffe und zum automatischen Passwortwechsel oder in der Implementierung eines solchen bei einem Betreiber einer kritischen Anlage, welche den Sektoren

- Finanzwesen,
- Leistungen der Sozialversicherung sowie der Grundsicherung für Arbeitsuchende,
- Gesundheitswesen oder
- Informationstechnik und Telekommunikation

gem. BSI-KritisV zugeordnet wird, unter Angabe

- des Namens der Lösung und des Herstellers,
- des Sektors, welchem die kritische Anlage zugeordnet wird und
- des Datums des Vertragsschlusses bzw. der Vertragslaufzeit

nachweisen können.

Die Angaben zu den Referenzen sind unter Verwendung von **Anlage 5** vorzunehmen.

- Nachweis einer zum Zeitpunkt der Abgabe des Teilnahmeantrages gültigen Zertifizierung nach ISO/IEC 27001 oder vergleichbar (im Falle der Vergleichbarkeit nebst Anwendbarkeitserklärung) (**Anlage 5**)

Die Zertifizierung muss denjenigen Rechtsträger betreffen, der im Falle der Zuschlagserteilung Vertragspartner des Auftraggebers wird. Im Falle des Vorliegens einer Bewerbergemeinschaft müssen alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft eine gültige Zertifizierung nachweisen. Die Inanspruchnahme der Kapazitäten anderer Unternehmen gemäß § 47 VgV ist ausgeschlossen. Einlaufendes Zertifizierungsverfahren erfüllt die Anforderung nicht.

Die vorstehenden Anforderungen an die Eignung sind Mindestanforderungen, deren Nichteinhaltung zum Ausschluss vom Verfahren führt.

Als vorläufigen Beleg der Eignung und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen akzeptiert die Auftraggeberin die Vorlage einer Einheitlichen Europä-

ischen Eigenerklärung (EEE). Die Auftraggeberin weist darauf hin, dass die Vorlage einer EEE aber nicht gefordert wird. Die EEE ist unter dem Link <https://eee.evergabe-online.de> abrufbar und, soweit diese genutzt wird, vollständig ausgefüllt mit dem Teilnahmeantrag einzureichen. Hinsichtlich der nicht von der EEE erfassten und in der Bekanntmachung genannten Erklärungen und Nachweise sind die Formblätter auszufüllen.

Fehlen zum Zeitpunkt der Abgabe der Teilnahmeanträge geforderte Angaben, Erklärungen und Nachweise, so kann die Auftraggeberin gemäß § 56 Abs. 2 VgV den Bewerber auffordern, die entsprechenden Angaben, Erklärungen und Nachweise innerhalb einer von der Auftraggeberin gesetzten Frist nachzureichen.

Hat der Bewerber die verlangten Unterlagen mit dem Teilnahmeantrag nicht vorgelegt und auf Aufforderung der Auftraggeberin innerhalb einer von der Auftraggeberin gesetzten Frist nicht nachgereicht oder entsprechen diese nicht den zwingenden inhaltlichen Anforderungen und belegen daher nicht die Eignung des Bieters, wird der Teilnahmeantrag bei der Wertung nicht berücksichtigt (§ 57 Abs. 1 Nr. 2 VgV).

Es wird darauf hingewiesen, dass die Auftraggeberin bei Verwendung der EEE den Bieter jederzeit während des Verfahrens auffordern kann, sämtliche oder einen Teil der geforderten Unterlagen beizubringen, wenn dies zur angemessenen Durchführung des Verfahrens erforderlich ist (§ 50 Abs. 2 Satz 1 VgV).

Vor Zuschlagserteilung fordert die Auftraggeberin den Bieter, an den der Zuschlag erteilt werden soll, auf, die geforderten Unterlagen beizubringen (§ 50 Abs. 2 Satz 2 VgV), sofern es sich nicht um Eigenerklärungen handelt, die gleichen Inhalts bereits im Rahmen der EEE abgegeben wurden.

Auf § 50 Abs. 3 VgV wird verwiesen.

Sollten sich während des Verfahrens Änderungen an den mit dem Teilnahmeantrag eingereichten Erklärungen, Angaben oder sonstigen Nachweisen ergeben, ist der Bewerber verpflichtet, die Auftraggeberin unverzüglich über die

Änderungen zu informieren und gegebenenfalls aktualisierte Erklärungen und Nachweise abzugeben.

2. Anforderung eines Wettbewerbsregistrauszuges

Der künftige Auftragnehmer ist verpflichtet – soweit anwendbar – die Vorgaben des Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohnes (MiLoG) einzuhalten. Die Auftraggeberin fordert vor der Zuschlagserteilung eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister nach § 6 WRegG für den Bieter an, der für den Zuschlag vorgesehen ist.

Die hierfür erforderlichen Angaben zum Unternehmen (bei juristischen Personen) bzw. zur Person (bei natürlichen Personen) hat der Bewerber in der Anlage 4 der Bewerberbedingungen zu machen.

3. Eignungsleihe

Ein Bewerber bzw. Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft kann/können sich zum Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen sowie der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit in Bezug auf die in der EU-Bekanntmachung geforderten Eignungsnachweise der Kapazitäten anderer Unternehmen bedienen (Eignungsleihe). Die Eignungsleihe muss nicht zwingend mit der Übernahme von Unteraufträgen einhergehen. Die Möglichkeit der Eignungsleihe besteht allerdings nur dann, wenn der Bewerber selbst nicht die geforderte Eignung besitzt oder diese nicht wie von der Auftraggeberin gefordert selbst nachweisen kann. Gesetzliche Bestimmungen sind zu beachten.

Nur im Falle des Nachweises der ISO/IEC-27001-Zertifizierung oder eines vergleichbaren Nachweises dürfen nicht die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch genommen werden. Der Nachweis ist zwingend durch den Bewerber selbst, d. h. durch denjenigen Rechtsträger zu erbringen, der Vertragspartner des Auftraggebers werden soll. Eine bloße konzerninterne Nähe oder Weisungsbefugnis ersetzt kein eigenes zertifiziertes ISMS des Auftragnehmers. Daher ist es nicht ausreichend, wenn nur die verbundenen Unternehmen im

Sinne von § 15 AktG (Konzernunternehmen), einschließlich Mutter-, Tochter- oder Schwestergesellschaften über die Zertifizierung verfügen, jedoch nicht der Bewerber selbst. Gruppenweite oder konzernbezogene Zertifikate sind ebenfalls nicht zulässig, sofern sie nicht eindeutig und ausdrücklich den Bewerber als zertifizierte Organisationseinheit erfassen. Gleiches gilt für Zertifizierungen sonstiger verbundener Unternehmen, auch wenn diese konzernintern IT-Leistungen oder Sicherheitsfunktionen erbringen.

Verweist ein Bewerber zum Nachweis seiner Eignung auf andere Unternehmen, sind diese im Unterauftragnehmerverzeichnis (Anlage 1-2 der Bewerberbedingungen) zu benennen. Darüber hinaus ist für die Eignungsleihe deutlich zu machen, welche Eignungsanforderungen von welchem Unternehmen erbracht werden.

Weiterhin muss der Bewerber nachweisen, dass er auf die für den Auftrag erforderlichen Mittel des anderen (eignungsverleihenden) Unternehmens tatsächlich zugreifen kann, indem er eine entsprechende Verpflichtungserklärung vorlegt (Anlage 1-3 der Bewerberbedingungen). Wenn die Eignungsleihe nicht mit der Erbringung eines wesentlichen Leistungsanteils einhergeht, ist in dem dafür vorgesehenen Feld (Punkt 3 der Anlage 1-3 der Bewerberbedingungen) lediglich auf den konkreten Inhalt der Eignungsleihe hinzuweisen. Die geforderten Eignungsnachweise sind für das andere (eignungsverleihende) Unternehmen nur insoweit zu erbringen, wie sie sich auf den Gegenstand der Eignungsleihe beziehen. Darüber hinaus hat das andere Unternehmen unter Verwendung der Anlage 1-4 der Bewerberbedingungen zu erklären, dass keine Ausschlussgründe i. S. v. §§ 123, 124 GWB vorliegen.

Die einschlägigen Eignungsnachweise sowie die Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen des anderen (eignungsverleihenden) Unternehmens (Anlage 1-4 der Bewerberbedingungen) sowie die Verpflichtungserklärung (Anlage 1-3 der Bewerberbedingungen) sind im Fall der Eignungsleihe ebenfalls bereits mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen.

Erfüllt das andere Unternehmen das entsprechende Eignungskriterium nicht oder liegen zwingende und/oder fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB vor, hat der Bewerber dieses Unternehmen auf Aufforderung bis zum

Ablauf einer von der Auftraggeberin zu bestimmenden Frist zu ersetzen. Kommt der Bewerber dieser Aufforderung nicht oder nicht fristgemäß nach, hat er seine Eignung nicht nachgewiesen.

Im Hinblick auf die unter Punkt 5.1.9 der Bekanntmachung geforderten Eignungsnachweise zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit haften der Bewerber/Bieter bzw. die Mitglieder einer Bewerber-/Bietergemeinschaft und das andere (eignungsverleihende) Unternehmen für die Auftragsausführung entsprechend des Umfangs der Eignungsbleihe gemeinsam. Eine entsprechende Erklärung des Drittunternehmens (Anlage 1-3 der Bewerberbedingungen) ist mit dem Teilnahmeantrag einzureichen.

4. Bewerber-/Bietergemeinschaften

Bewerber-/Bietergemeinschaften oder andere gemeinschaftliche Bewerber/Bieter sind zugelassen, wenn die Mitglieder gesamtschuldnerisch haften (Arbeitsgemeinschaften in Form einer GbR, etc.).

Bewerber-/Bietergemeinschaften und andere gemeinschaftliche Bewerber/Bieter haben mit ihrem Teilnahmeantrag eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung (Erklärung Bewerber-/Bietergemeinschaft, Anlage 2 der Bewerberbedingungen) abzugeben,

- a) in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft oder einer vergleichbaren Rechtsperson mit gesamtschuldnerischer Haftung erklärt ist,
- b) in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
- c) dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber der Auftraggeberin vertritt,
- d) dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

Die unter Punkt 5.1.9 der Bekanntmachung in Bezug auf die Eignung zur Berufsausübung sowie zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit aufgeführten Nachweise sind bei Bildung einer Bewerber-/Bietergemeinschaft von jedem Mitglied vorzulegen. Die unter Punkt 5.1.9 der Bekanntmachung genannten Eignungsnachweise in Bezug auf die technische und berufliche Leistungsfähigkeit können für alle Mitglieder der Bewerber-/Bietergemeinschaft gemeinschaftlich erbracht werden mit Ausnahme der Angaben zum Unternehmen (Anlage 4 der Bewerberbedingungen) sowie zum Nachweis der ISO/IEC 27001-Zertifizierung (oder vergleichbar), welche für jedes Mitglied eingereicht werden soll.

5. Unterauftragnehmer

Die Einschaltung von Unterauftragnehmern für einzelne Teilleistungen ist jeweils möglich. Die Weitergabe von Teilleistungen an Unterauftragnehmer bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung durch die Auftraggeberin.

Sollte ein Bewerber die Geeignetheit für den ausgeschriebenen Auftrag (im Hinblick auf die wirtschaftliche und finanzielle sowie technische Leistungsfähigkeit) nur dadurch erlangen, dass er einen oder mehrere Unterauftragnehmer zur Leistungserbringung einbezieht, so hat er bereits im Teilnahmeantrag - soweit möglich - den Unterauftragnehmer zu benennen (Anlage 1-2 der Bewerberbedingungen), seine Verfügung über dessen Ressourcen (Anlage 1-3 der Bewerberbedingungen) sowie dessen Eignung nachzuweisen. Weiterhin hat der Bewerber die Teilleistungen, die durch den Unterauftragnehmer erbracht werden sollen, anzugeben (Anlage 1-1 der Bewerberbedingungen). Der benannte Unterauftragnehmer hat unter Verwendung der Anlage 1-4 der Bewerberbedingungen zu erklären, dass keine Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB vorliegen. Sofern die Nennung der Unterauftragnehmer noch nicht absehbar ist, sind die Anlagen zu den Unterauftragnehmern (Anlagen 1-1 bis 1-4 der Bewerbungsbedingungen) spätestens im Rahmen der Angebotsabgabe beizufügen.

Ist der Einsatz von Unterauftragnehmern beabsichtigt, ohne dass sich der Bewerber im Teilnahmewettbewerb zugleich auf deren Leistungsfähigkeit beruft, hat der zur Angebotsabgabe aufgeforderte Bewerber die hiervon betroffenen Teilleistungen im Angebot anzugeben.

Liegen beim Unterauftragnehmer zwingende und/oder fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB vor, hat der Bewerber bzw. Bieter den Unterauftragnehmer auf Aufforderung bis zum Ablauf einer von der Auftraggeberin zu bestimmenden Frist zu ersetzen.

Der Auftragnehmer hat jede im Rahmen der Auftragsausführung eintretende Änderung bei den Unterauftragnehmern der Auftraggeberin mitzuteilen. Dies schließt die Nennung der Namen, der Kontaktdaten und der gesetzlichen Vertreter seiner Unterauftragnehmer sowie den auszuübenden Leistungsbereich nebst des Nachweises zum Vorliegen des Zertifikates nach ISO 27001 (oder vergleichbar) mit ein.

Der Auftragnehmer hat dafür Sorge zu tragen, dass die sich aus den Vergabeunterlagen und dem Vertrag ergebenden Verpflichtungen auch von seinen Unterauftragnehmern eingehalten werden. Bei der Einschaltung von Unterauftragnehmern haftet der Auftragnehmer für die ordnungsgemäße Gesamtabwicklung des Auftrags (Generalunternehmerschaft).

Auf § 97 Abs. 4 Satz 4 GWB wird verwiesen.

Es wird darauf hingewiesen, dass auch mit dem Bewerber verbundene Unternehmen im Sinne des Konzernrechts Unterauftragnehmer sind.

6. Abgabe der Teilnahmeanträge

Die Frist für die Einreichung der Teilnahmeanträge endet am

23.06.2026, 09:00 Uhr.

Teilnahmeanträge, die nach Ablauf der Frist für die Einreichung der Teilnahmeanträge eingehen, werden ausgeschlossen, es sei denn, der Bewerber hat dies nicht zu vertreten (§ 57 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 3 VgV).

Teilnahmeanträge sind ausschließlich elektronisch unter Berücksichtigung der für das Verfahren geltenden Fristen einzureichen. Hierfür ist die kostenlose Registrierung des Unternehmens sowie die Bestätigung der Teilnahme an dem Verfahren auf www.dtv.de erforderlich.

Für die Übermittlung der elektronischen Teilnahmeanträge steht im Projekt-raum des Vergabeverfahrens auf der Vergabeplattform des Deutschen Vergabeportals (DTVP – <http://www.dtv.de>) ein Bietertool zur Verfügung. Über das Bietertool werden die Teilnahmeanträge erarbeitet und anschließend verschlüsselt auf einem sicheren Server gespeichert.

Die Abgabe der Teilnahmeanträge kann entweder mit einer lokal installierten Version des Bietertools oder webbasiert direkt im Browser erfolgen.

Nähere Informationen zur Einreichung der Teilnahmeanträge über das Bietertool stehen unter folgenden Links zur Verfügung:

1. Anleitung webbasierte Abgabe:

<https://support.cosinex.de/unternehmen/display/company/webbasierte+Abgabe+-+Anleitung>

2. Anleitung lokale Installation des Bietertools:

<https://support.cosinex.de/unternehmen/display/company/Bietertool>

Der vollständige Eingang übermittelter elektronischer Teilnahmeanträge wird mit einem elektronischen Zeitstempel dokumentiert. Die Auftraggeberin kann auf die Teilnahmeanträge erst nach Ablauf der Frist für die Einreichung der Teilnahmeanträge zugreifen.

Mit dem Teilnahmeantrag sind sämtliche für die Erstellung des Teilnahmeantrages zur Verfügung gestellten Formblätter mittels Hochladen über das zur

Verfügung gestellte Bietertool einzureichen. Soweit dies auf den Formblättern vorgesehen ist, sind diese vollständig auszufüllen. Mit der elektronischen Einreichung gelten der Teilnahmeantrag und alle damit eingereichten Formblätter und Unterlagen, die Bietererklärungen enthalten, als unterschrieben. Erklärungen Dritter (z. B. Bietergemeinschaftserklärung, Erklärungen von Mitgliedern der Bietergemeinschaft, Verpflichtungserklärung des benannten Unterauftragnehmers) sind vollständig ausgefüllt und unterschrieben im Bietertool hochzuladen.

Die Einreichung elektronischer Teilnahmeanträge ist nur mittels Textform nach §126b BGB, fortgeschrittener oder qualifizierter elektronischer Signatur möglich. Es ist der Bewerber bzw. Bieter sowie die natürliche Person, die die Erklärung abgibt, zu benennen.

Elektronische Teilnahmeanträge müssen vor Ablauf der Frist für die Einreichung der Teilnahmeanträge hinterlegt sein. Ansonsten wird der Teilnahmeantrag von der weiteren Wertung ausgeschlossen.

Teilnahmeanträge auf anderen Übertragungswegen, insbesondere per Post, Telefax, E-Mail etc., sind nicht zugelassen, sie wahren die Frist nicht und werden ausgeschlossen (§ 57 Abs. 1 Nr. 1 VgV).

Der Teilnahmeantrag ist in deutscher Sprache zu fertigen. Bei Dokumenten, welche in der englischen Sprache eingereicht werden, ist die deutsche Übersetzung beizufügen. Anlagen und Erklärungen, deren Inhalte für Bewerber nicht zutreffen (z. B. Bietergemeinschaftserklärung), sind weder blanko noch mit Streichungen versehen, beizufügen.

7. Rücknahme des Teilnahmeantrages

Der Bewerber kann einen Teilnahmeantrag, der bereits innerhalb der Frist zur Einreichung der Teilnahmeanträge eingereicht wurde, bis zum Ablauf dieser Frist im Projektraum des Vergabeverfahrens auf der Vergabepattform des

Deutschen Vergabeportals (<https://www.dtv.de>) zurückziehen oder austauschen.

8. Kommunikation nach Abgabe des Teilnahmeantrags

Nach Abgabe des Teilnahmeantrags erfolgt die gesamte Kommunikation mit den Bewerbern weiterhin elektronisch über den Projektraum des Vergabeverfahrens auf der Vergabeplattform des Deutschen Vergabeportals (<http://www.dtv.de>). Dies betrifft u. a. die Kommunikation bzgl.

- Aufklärung gem. § 15 Abs. 5 Satz 1 VgV,
- Nachforderung von Angaben, Erklärungen und Nachweisen,
- Aufforderung zur Angebotsabgabe,
- Einladung zu Verhandlungen,
- Information gem. § 134 GWB,
- Zuschlagserteilung gem. § 58 VgV.

Alle Bewerber werden gebeten, sich auf www.dtv.de so zu registrieren, dass ihre Erreichbarkeit über die dort hinterlegte E-Mail-Adresse für die gesamte Dauer des Vergabeverfahrens gegeben ist. Die Bewerber werden darauf hingewiesen, dass sie bei einem Wechsel des Ansprechpartners im laufenden Verfahren dafür Sorge zu tragen haben, dass E-Mails sie weiterhin erreichen.

Bewerber, welche zur Einreichung eines Angebotes aufgefordert werden, erhalten an die bei der Registrierung hinterlegte E-Mail-Adresse eine Nachricht und eine Einladung zum Projektraum des Vergabeverfahrens für die sog. Angebotsphase auf der Vergabeplattform, über den die weitere Kommunikation mit ihnen erfolgt. Das Unternehmen hat sodann seine Teilnahme an dem Verfahren auf www.dtv.de zu bestätigen. Erst dann erhält es den Zugriff auf die Vergabeunterlagen für die Angebotsphase.

Des Weiteren wird für jede einzelne Verhandlungsphase auf DTVP ein separater Projektraum angelegt, auf den ebenfalls nur die Bieter Zugriff haben, die zur Verhandlungsrunde eingeladen werden und über den die weitere Kommunikation mit diesen Bietern erfolgt. Um den Projektraum betreten zu können, müssen die Bieter ebenso eine automatisch generierte Einladung annehmen.

Verzögerungen bei der jeweiligen infolge der Aufforderung vorzunehmenden Bestätigung seiner Teilnahme gehen zu Lasten des Bewerbers/Bieters.

V. Angebotsphase

1. Aufforderung zur Angebotsabgabe

Alle geeigneten Bewerber, die eine Vertraulichkeitsvereinbarung unterzeichnet eingereicht haben, werden zur Abgabe eines (Erst-)Angebotes aufgefordert. Eine anderweitige Reduzierung des Bewerberfeldes wird zu diesem Zeitpunkt nicht vorgenommen.

2. Einreichung der Angebote

Die Frist für die Einreichung der Angebote (Angebotsfrist) ist dem Anschreiben zur Aufforderung für die Angebotsabgabe zu entnehmen.

Angebote, die nach Ablauf der Angebotsfrist eingehen, werden ausgeschlossen, es sei denn, der Bieter hat dies nicht zu vertreten (§ 57 Abs. 1 Nr. 1 VgV).

Die Angebote sind ausschließlich elektronisch unter Berücksichtigung der für das Verfahren geltenden Fristen einzureichen. Für die Übermittlung der elektronischen Angebote steht im Projektraum (für die Angebotsphase) des Vergabeverfahrens auf der Vergabepattform des Deutsche Vergabeportals (DTVP - <https://www.dtv.de/>) ein Bietertool zur Verfügung. Über das Bietertool werden die Angebote erarbeitet und anschließend verschlüsselt auf einem sicheren Server gespeichert.

Die Abgabe von Angeboten kann entweder mit einer lokal installierten Version des Bietertools oder webbasiert direkt im Browser erfolgen.

Nähere Informationen zur Angebotseinreichung über das Bietertool stehen unter folgenden Links zur Verfügung:

1. Anleitung webbasierte Angebotsabgabe:

<https://support.cosinex.de/unternehmen/display/company/webbasierte+Abgabe+-+Anleitung>

2. Anleitung lokale Installation des Bietertools:

<https://support.cosinex.de/unternehmen/display/company/Bietertool>

Der vollständige Eingang übermittelter elektronischer Angebote wird mit einem elektronischen Zeitstempel dokumentiert. Die Auftraggeberin kann auf die Angebote erst nach Ablauf der Angebotsöffnung zugreifen.

Mit dem Angebot sind sämtliche den Vergabeunterlagen als Anlage beigefügten Formblätter mittels Hochladen über das Bietertool einzureichen. Soweit dies auf den Formblättern vorgesehen ist, sind diese vollständig auszufüllen. Mit der elektronischen Einreichung gelten das Angebot und alle damit eingereichten Formblätter und Unterlagen, die Bietererklärungen enthalten, als unterschrieben. Erklärungen Dritter (z.B. Verpflichtungserklärung des benannten Unterauftragnehmers) sind vollständig ausgefüllt und unterschrieben im Bietertool hochzuladen.

Die Einreichung elektronischer Angebote ist nur mittels Textform nach § 126b BGB, fortgeschrittener oder qualifizierter elektronischer Signatur möglich. Es ist der Bieter sowie die natürliche Person, die die Erklärung abgibt, zu benennen.

Elektronische Angebote müssen vor Ablauf der Angebotsfrist hinterlegt sein. Ansonsten wird das Angebot von der weiteren Wertung ausgeschlossen.

Angebote auf anderen Übertragungswegen, insbesondere per Post, Telefax, E-Mail etc., sind nicht zugelassen, sie wahren die Frist nicht und werden ausgeschlossen (§ 57 Abs. 1 Nr. 1 VgV).

3. Weitere Hinweise zur Erstellung der Angebote

Das Angebot und sämtliche Unterlagen müssen in deutscher Sprache gefertigt sein. Bei Dokumenten, welche in der englischen Sprache eingereicht werden, ist die deutsche Übersetzung beizufügen. Anlagen und Erklärungen, deren Inhalte für Bieter nicht zutreffen (z. B. Verzeichnis der Unterauftragnehmer), sind weder blanko noch mit Streichungen versehen beizufügen.

Die Einbeziehung von Lizenzbedingungen an der zu beschaffenden Standardsoftware sowie die auftragnehmerseitigen AGB für Art und Umfang der Leistungen erfolgt nur nach Maßgabe der jeweiligen Regelungen im Besonderen Teil (Teil B) der EVB-IT Rahmenvereinbarung. Dies gilt unabhängig davon, ob und in welcher Rangfolge solche Bedingungen als Vertragsbestandteile im Vertragstext aufgelistet werden.

Soweit Allgemeine Geschäftsbedingungen im Sinne von § 305 BGB in den Dokumenten des Bieters bzw. den sonstigen vom Bieter dem Angebot beigelegten Dokumenten Regelungen in den EVB-IT AGB, der EVB-IT Rahmenvereinbarung oder den Einzelbestellungen widersprechen, sind sie ausgeschlossen.

Weitere Geschäftsbedingungen des Bieters sind ausgeschlossen, soweit sie nicht ausdrücklich durch den Auftraggeber zugelassen wurden.

Der Bieter kann sein elektronisches Angebot, dass bereits innerhalb der Angebotsfrist eingereicht wurde, nur bis zum Ablauf der Angebotsfrist und im Projektraum des Vergabeverfahrens auf der Vergabeplattform des Deutschen Vergabeportals (<http://www.dtv.de>) zurückziehen oder austauschen.

4. Inhalt des Angebotes

Für die Angebotserstellung sind folgende Unterlagen verpflichtend ausgefüllt einzureichen:

Anlage 10 - 1	EVB-IT Rahmenvereinbarung
Anlage 10 - 3	Übersicht Verhandlungsbedarf
Anlage 15 - 2	Preisblatt

Darüber hinaus sind nur im Bedarfsfall folgende Unterlagen dem Angebot beizufügen:

Anlage 1-1	Liste über von Unterauftragnehmern zu erbringende Teilleistung
Anlage 1-2	Verzeichnis der Unterauftragnehmer
Anlage 1-3	Verpflichtungserklärung des benannten Unterauftragnehmers
Anlage 1-4	Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen bei Eignungsleihe und Unterauftragnehmern
Anlage 13 – 2	Annex 1 zu den Datenschutzbestimmungen (Muster Verpflichtungserklärung)

Lizenzbedingungen des Herstellers.

Die Anlage 13 – 2 ist nur in dem Fall vom Bieter einzureichen, wenn die für die Leistungserbringung vorgesehenen Mitarbeiter nicht bereits über ihren jeweiligen Arbeitsvertrag im Umfang der Verpflichtungserklärung verpflichtet wurden. Sollte die Anlage 13 – 2 nicht eingereicht werden, geht die Auftraggeberin davon aus, dass eine entsprechende vollumfängliche arbeitsvertragliche Verpflichtung des Mitarbeiters bei der Leistungserbringung gegeben ist.

Die Anlage 14 wird erst nach Zuschlagserteilung im Rahmen der Implementierung gemeinsam ausgefüllt.

Die entsprechenden Unterlagen werden mit den Vergabeunterlagen mit Beginn der Angebotsfrist zur Verfügung gestellt.

Mit Abgabe des Angebotes in dieser Ausschreibung zur Rahmenvereinbarung verpflichtet sich der Bieter, seine(n) Unterauftragnehmer vertraglich so zu binden, dass die Leistungserbringung datenschutzkonform gem. den Datenschutzbestimmungen (Anlagen 13 der Bewerbungsbedingungen) zu erfolgen hat.

5. Verhandlung

Die Auftraggeberin hat sich die Zuschlagserteilung auf das Erstangebot der Bieter vorbehalten. Sollten keine Verhandlungsnotwendigkeiten bestehen und die Angebote anforderungsgerecht sein, wird die Auftraggeberin den Zuschlag ohne die Durchführung von Verhandlungen erteilen. Andernfalls wird mit den Bietern über die eingereichten anforderungsgerechten Angebote verhandelt.

Die Verhandlungen können in schriftlicher Form oder per Web-Konferenz stattfinden. Ein Anspruch auf Teilnahme an Verhandlungen gibt es nicht. Die Durchführung des Verhandlungsgespräches ist für die Auftraggeberin kostenfrei. Diesbezüglich ergeht eine gesonderte Einladung an die Bieter.

Die Bieter haben sicherzustellen, dass im Verhandlungszeitraum die entsprechenden personellen Ressourcen zur Verfügung stehen. Ferner sollen die bei den Verhandlungen vertretenen Personen über umfangreiche Verhandlungsvollmachten verfügen.

Sollte sich im Laufe des Verfahrens ergeben, dass das Angebot eines Bieters nicht den Anforderungen der Auftraggeberin entspricht, behält sich die Auftraggeberin vor, dieses von weiteren Verhandlungsrunden auszuschließen. Die abschließenden Angebote nach den Verhandlungen müssen anforderungsgerecht sein. Andernfalls werden sie von der Bewertung ausgeschlossen.

Die Auftraggeberin hat das Recht, die Verhandlungen nach freiem Ermessen abubrechen, sollte sich abzeichnen, dass das Ziel einer Einigung nicht erreicht wird.

In Vorbereitung auf die Verhandlungen hat der Bieter in seinem Erstangebot in dem jeweiligen Dokument über die Kommentarfunktion anzugeben, bei welchen Punkten er Verhandlungsbedarf besitzt. Sollten die Änderungsvorschläge sofort akzeptiert werden können, würde voraussichtlich keine Verhandlung mit dem Bieter durchgeführt werden. Zur Verhandlung steht nicht, dass die zum Einsatz kommende EVB-IT-Rahmenvereinbarung die vertragliche Grundlage für den jeweiligen Leistungen bildet.

Nach Abschluss der Verhandlungen werden die verbleibenden Bieter zur Abgabe eines neuen oder überarbeiteten Angebots (finales Angebot) aufgefordert.

Die Bieter werden in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass im Falle von Verhandlungen für jede einzelne Verhandlungsphase auf DTVP ein separater Projektraum durch die Auftraggeberin angelegt wird, auf den nur die Bieter Zugriff haben, die zur Verhandlungsrunde eingeladen werden und über den die weitere Kommunikation mit ihnen erfolgt. Um den Projektraum betreten zu können, müssen die Bieter eine Registrierungsaufforderung von DTVP annehmen. Verzögerungen bei der Registrierung für die Verhandlungsphase gehen zu Lasten des Bieters.

6. Auswertung der Angebote

Die Auswertung der Angebote erfolgt unter Beachtung des §§ 56 ff. VgV.

Zum einen wird formal geprüft, ob alle Unterlagen und erforderlichen Angaben eingereicht wurden und inwieweit Handlungsbedarf besteht.

Die Auftraggeberin kann den Bieter auffordern, fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen unter Beachtung der Regelungen des § 56 Abs. 2 und 3 VgV nachzureichen oder zu vervollständigen. Die Nachforderung von Preisangaben ist nur dann möglich, wenn es sich um unwesentliche Einzelpositionen handelt, deren Einzelpreise den Gesamtpreis nicht verändern oder die Wertungsreihenfolge und den Wettbewerb nicht beeinträchtigen (§ 56 Abs. 3 VgV).

7. Zuschlagskriterien

Der Zuschlag erfolgt auf das unter Berücksichtigung aller Umstände wirtschaftlichste Angebot. Alleiniges Zuschlagskriterium ist der Preis.

Es werden nur solche Angebote bewertet, welche den Anforderungen der Vergabeunterlagen entsprechen.

Für die Ermittlung des Preises ist das Preisblatt im Registerblatt „Einzelpreise“ des Preisblattes (Anlage 15-2 der Bewerbungsbedingungen) vollständig auszufüllen. Die Einzelpreise für die einzelnen Softwarekomponenten bzw. Dienstleistungen sind netto, d.h. ohne gültige Mehrwertsteuer, je nach angegebener Laufzeit für die unterschiedlichen Laufzeiten anzugeben. Die Preisangaben müssen sämtliche vom Bieter zu erbringenden Leistungen gemäß Leistungsbeschreibung umfassen, insbesondere: Softwareüberlassung einschließlich Subskriptionsleistungen, etwaige Bereitstellungs- oder Aktivierungskosten, Dienstleistungen sowie sonstige preisbildende Kostenbestandteile (z.B. Kosten für die Einarbeitung/Schulung, Kosten für Überstunden und Leistungszuschläge, Berichterstattungen und Präsentationen, Kosten für Jour fixe und Meetings, Porto- und Telekommunikationskosten, sämtliche Unterstützungsprozesse (u. a. Back Office), Dokumentationen, Nutzungsrechte, sonstige Auslagen und Aufwendungen etc.). Die Dienstleistungen sind remote zu erbringen. Daher sind keine Reise- und Übernachtungskosten zu kalkulieren.

Damit sich die Bewerber über den Aufbau des Preisblattes einen Überblick verschaffen können, wird das Preisblatt in einer produktneutralen Version (Anlage 15-1 der Vergabeunterlagen) mit den Teilnahmeunterlagen bereitgestellt. Dieses ist nicht auszufüllen und dient ausschließlich der Information.

8. Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebotes

Die Wirtschaftlichkeit eines Angebotes richtet sich nach dem niedrigsten Angebotspreis. Dieser setzt sich aus den Einzelangaben für die Basisleistungen und für die optionalen Leistungen zusammen, vgl. Anlage 15-2 der Bewerbungsbedingungen, Registerblatt Preisblatt.

9. Mitteilung über nicht berücksichtigte Angebote

Die Auftraggeberin informiert die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, unverzüglich nach Abschluss der Bewertung der Angebote in Textform (§ 134 Abs. 1 GWB). In dieser Vorabinformation werden den nicht berücksichtigten Bietern die Gründe für die Nichtberücksichtigung ihres Angebotes, der Name des Bieters, dem der Zuschlag erteilt werden soll, und der früheste Zeitpunkt des Vertragsschlusses mitgeteilt.

Eine etwaige Aufhebung des Vergabeverfahrens wird den Bietern in Textform mitgeteilt (§ 63 VgV).

Die Rahmenvereinbarung wird erst zehn Kalendertage nach Absendung der Information geschlossen. Die Frist beginnt am Tage nach der Absendung der Information durch die Auftraggeberin. Auf den Tag des Zugangs der Information beim Bieter kommt es nicht an (§ 134 Abs. 2 GWB).

10. Zuschlagserteilung

Der Rahmenvertrag wird mit 1 Firma geschlossen, deren Angebot aufgrund des ausgehandelten Auftragsinhalts und der ausgehandelten Auftragsbedingungen die bestmögliche Leistung in Relation zum Preis erwarten lässt und damit das wirtschaftlichste Angebot für die Auftraggeberin darstellt, § 58 VgV, § 127 GWB.

VI. Nachprüfungsverfahren

1. Vergabekammer gemäß § 156 GWB

Zuständige Vergabekammer ist:

Vergabekammern des Bundes beim Bundeskartellamt
Kaiser-Friedrich-Straße 16
53113 Bonn
Telefon: 0228 9499-0

Telefax: 0228 9499-163

E-Mail: vk@bundeskartellamt.bund.de

Der Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens ist nach § 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB unzulässig, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung der Auftraggeberin, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

2. Hinweis zur Akteneinsicht im Nachprüfungsverfahren

Bei der Durchführung eines Nachprüfungsverfahrens gem. §§ 155 ff. GWB haben alle Beteiligten grundsätzlich ein Akteneinsichtsrecht. Jeder Bieter hat daher mit der konkreten Möglichkeit zu rechnen, dass sein Angebot mit allen wesentlichen Bestandteilen, soweit es sich in den Vergabeakten der Auftraggeberin befindet, von den Verfahrensbeteiligten bei der Vergabekammer eingesehen wird.

Die Auftraggeberin ist verpflichtet, die Vergabeakten der Vergabekammer sofort zur Verfügung zu stellen (§ 163 Abs. 2 Satz 4 GWB). Es liegt somit im eigenen Interesse eines jeden Bieters, schon in seinem Angebot auf wichtige Gründe, die nach § 165 Abs. 2 GWB die Vergabekammer veranlassen können, die Einsicht in die Akten zu versagen, insbesondere auf Fabrik-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse hinzuweisen.

VII. Mitteilung über vergebene Aufträge

Mit der Abgabe seines Angebots erklärt sich der Bieter grundsätzlich damit einverstanden, dass im Falle der Zuschlagserteilung auf sein Angebot entsprechend § 39 Abs. 1 VgV sein Name und der zu zahlende Auftragspreis bzw. das höchste/niedrigste Angebot, das berücksichtigt wurde, nach dem im Anhang III der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 2015/1986 vorgegebenen Muster bekannt gegeben werden.

Sofern Gründe geltend gemacht werden, die gegen eine Bekanntmachung sprechen, entscheidet die Auftraggeberin nach pflichtgemäßem Ermessen.

VIII. Anlagenverzeichnis

1. Anlagen für den Teilnahmewettbewerb

Anlage 1 – 1	Liste über von Unterauftragnehmern zu erbringende Teil- leistungen
Anlage 1 – 2	Verzeichnis der Unterauftragnehmer
Anlage 1 – 3	Verpflichtungserklärung des benannten Unterauftragneh- mers gegenüber dem Bieter
Anlage 1 – 4	Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen bei Eignungsleihe und/oder Unterauftragnehmern
Anlage 2	Erklärung Bietergemeinschaft
Anlage 3	Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschluss- Gründen
Anlage 4	Angaben zum Unternehmen
Anlage 5	Eignungskriterien
Anlage 6	Erklärung zu den Russlandsanktionen
Anlage 7	Eigenerklärung Betriebshaftpflicht- und Vermögensscha- denhaftpflichtversicherung
Anlage 8-1	Vertraulichkeitsvereinbarung (einseitig)

2. Anlagen der Angebotsphase:

Bereitgestellt mit Bekanntmachung

Anlage 9 – 1	funktionale Leistungsbeschreibung
Anlage 10 - 1	EVB-IT Rahmenvereinbarung
Anlage 10 – 2	Muster Liste Ansprechpartner
Anlage 10 – 3	Übersicht Verhandlungsbedarf
Anlage 10 – 4	Leistungsnachweis
Anlage 10 – 5	Abnahmeprotokoll
Anlage 11 – 1	EVB-IT Überlassung Typ B-AGB

Anlage 11 – 2	EVB-IT Dienstleistungs-AGB
Anlage 12	Voraussetzungen für den Rechnungsversand kubus IT
Anlage 13 – 1	Datenschutzbestimmungen
Anlage 13 – 2	Annex 1 zu den Datenschutzbestimmungen (Muster Verpflichtungserklärung)
Anlage 15 – 1	Preisblatt (ohne Produktbezeichnung)

Bereitgestellt mit Aufforderung zur Angebotsabgabe

Anlage 9 – 2	produktspezifische Leistungsbeschreibung
Anlage 10 - 1	EVB-IT Rahmenvereinbarung
Anlage 10 – 2	Muster Liste Ansprechpartner
Anlage 10 – 3	Übersicht Verhandlungsbedarf
Anlage 10 – 4	Leistungsnachweis
Anlage 10 – 5	Abnahmeprotokoll
Anlage 11 – 1	EVB-IT Überlassung Typ B-AGB
Anlage 11 – 2	EVB-IT Dienstleistungs-AGB
Anlage 12	Voraussetzungen für den Rechnungsversand kubus IT
Anlage 13 – 1	Datenschutzbestimmungen
Anlage 13 – 2	Annex 1 zu den Datenschutzbestimmungen (Muster Verpflichtungserklärung)
Anlage 14	Organisationssicherheitsrichtlinien der kubus IT– Externe (OSRL für Externe)
Anlage 15 – 2	Preisblatt (mit Produktbezeichnung)